

etwas in Erfahrung bringen konnten, das festgehalten. Auf diese Weise hätte eine sorgfältige Lektüre dann schon einen Eindruck davon vermitteln können, daß Anlagen und Technik veraltet waren, Verkehrsnetz und Fernmeldenetz ungenügend und ganze Stadtzentren sanierungsbedürftig waren.

Fazit: Es war schwierig mit den Daten und Fakten aus der DDR. Man konnte sich aber – auch hier im Westen – über wichtige ökonomische Grundtatbestände informieren.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Volze bitte.

Dr. Armin Volze: Ich erfülle hier den Auftrag, über die Wahrnehmung der DDR-Wirtschaft im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in der Zeit von 1970 bis 1989 zu berichten. Ich muß dazu einige kurze persönliche Vorbemerkungen machen. Ich bin im April 1970 aus dem Bundeswirtschaftsministerium in das gerade umbenannte Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) gewechselt. Dieser Wechsel hatte mehrere Gründe. Ich interessierte mich für die DDR, hatte eine spezielle Vorliebe für bilaterale Verhandlungen und war überzeugt, daß sich auf dem Gebiet der innerdeutschen Beziehungen in Zukunft einiges bewegen würde. Diese Erwartung ist nicht enttäuscht worden, wenn auch das Gewicht des BMB in diesem Prozeß aus vielfachen Gründen immer stärker abnahm.

Ich übernahm 1970 im BMB die Leitung des Referates für Wirtschaft, Finanzen, Verkehr und Post mit drei Mitarbeitern. Schon nach einem Jahr begann eine höchst intensive Arbeitsphase, ausgelöst durch das Viermächteabkommen über Berlin als Startschuß für die vertragliche Ausgestaltung der innerdeutschen Beziehungen. Ich selber wurde durch diese operativen Aufgaben bis in die späten 70er Jahre fast vollständig in Anspruch genommen. Zunächst waren es die Verhandlungen über das Transitabkommen, danach kamen Verkehrsabkommen, Postabkommen und vieles andere mehr. Während dieser Zeit hat jeweils einer meiner Mitarbeiter im Referat die Aufgabe Wirtschaftsbeobachtung DDR selbständig wahrgenommen. Ich selbst konnte mich der Wirtschaftsbeobachtung erst gegen Ende der 70er Jahre und vor allem dann in den 80er Jahren zuwenden.

Ich habe heute zwei Schwierigkeiten, wenn ich gefragt werde, wie ich die wirtschaftliche Situation der DDR eingeschätzt habe. Einmal habe ich die Entwicklung in den 70er Jahren – die, wie ich heute glaube, ganz entscheidend war – mehr oder weniger nur aus der Entfernung und aus zweiter Hand wahrgenommen. Das zweite Problem ist, daß ich heute auf mein zweifelhaftes Gedächtnis und einige Zufallsunterlagen angewiesen bin, denn ich habe seinerzeit (fast) nichts publiziert und habe keinen Zugang mehr zu den Akten. Man ist dann leicht in der Versuchung, sich ex post als prophetisch zu empfinden. Ich benutze deshalb jede sich bietende Gelegenheit, im Gespräch mit sachkundigen Kollegen und Freunden mich meiner früheren Einschätzung zu vergewissern. Das Ergebnis ist so befriedigend, wie es sein kann. Man versichert mir,

ich sei immer äußerst skeptisch gewesen und hätte in den 80er Jahren sogar das wirtschaftliche Ende der DDR vorausgeahnt. Das letztere lassen wir einmal dahingestellt, aber die Tatsache, daß ich skeptisch gewesen bin, glaube ich unbesehen, weil Skeptizismus zu meinem Wesen gehört.

Ein Ministerium ist kein Forschungsinstitut. Wir konsumierten im Wirtschaftsreferat des BMB die Erkenntnisse und Forschungsergebnisse anderer und werteten sie unter politischen Aspekten aus. Dabei interessierten uns weniger wissenschaftliche Methodenfragen, die internen wirtschaftlichen Abläufe in der DDR und das Funktionieren der Planwirtschaft im Detail, sondern es interessierten die konkreten, politisch relevanten Ergebnisse. Dazu gehörte die generelle Frage: Wie stark oder schwach ist die DDR ökonomisch, und wie wird sie sich weiterentwickeln? Speziell interessierten die Punkte:

1. Wie ist die Versorgungslage und wie reagiert die Bevölkerung darauf?
2. Wie steht es mit der Außenhandelsabhängigkeit und mit der Westverschuldung?

Aus der Einschätzung dieser Fragen konnten sich operative Ansätze für humanitäre Maßnahmen oder für Verhandlungen mit der DDR über Verbesserungen im Berlinverkehr oder im Reiseverkehr ergeben. Es ging letztlich also um die Frage, ob die Zeit günstig war, um für wirtschaftliche Konzessionen politische und humanitäre Zugeständnisse zu erhalten. Es ging nicht mehr – um das hier ganz deutlich zu sagen – um die Frage: Wann bricht die DDR endlich wirtschaftlich zusammen und wie kann man das noch beschleunigen? Das war die Perspektive der 50er und 60er Jahre, nicht mehr die nach 1970 unter allen Regierungen, die in dieser Zeit regiert haben.

Unsere Informationen über die Wirtschaftslage der DDR stammten aus nachrichtendienstlichen und diplomatischen Erkenntnissen, aus Berichten unserer Ständigen Vertretung in Ostberlin, des Bundeswirtschaftsministeriums und der Deutschen Bundesbank und aus den Analysen wissenschaftlicher Institute. Ich erwähne von den Instituten das dem Ministerium nachgeordnete Gesamtdeutsche Institut, über das Herr Buck nachher noch sprechen wird, und die Forschungsstelle – ein Residuum des früheren Forschungsbeirats unter der Leitung Professor Thalheims, auf deren verdienstvollen jährlichen Symposien im Berliner Reichstag sich alles traf, was sich im Westen mit der DDR-Wirtschaft beschäftigte. Eine besondere Bedeutung in der empirischen DDR-Forschung hatten die Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, über die Frau Cornelsen eben schon berichtet hat.

Es wird einmal, wenn alle Archive und Akten geöffnet sind und nicht nur die veröffentlichten Forschungsergebnisse zur Verfügung stehen, eine interessante Aufgabe sein, die westlichen Erkenntnisse darauf abzuklopfen, inwieweit sie von den Realitäten der DDR-Wirtschaft entfernt waren. Das sollte ohne billige Überheblichkeit geschehen, denn die Aufgabe war schon sehr schwierig. Der Informationsnebel, den die DDR verbreitete, machte die veröffentlichten Angaben und Statistiken zu einer zweifelhaften Arbeitsgrundlage für gesamtwirt-

schaftliche Analysen, und viel anderes gab es nicht. Nach meiner Erinnerung waren die veröffentlichten Wirtschaftsanalysen in den 80er Jahren mehr oder weniger auf Moll gestimmt, sie unterschieden sich nur durch die Intensität ihrer Molltöne. Dabei muß man auch einen gewissen Gewöhnungsprozeß in Rechnung stellen: Die schlechten Nachrichten wurden zur Regel, DDR-Verlautbarungen wurden immer zweifelhafter, aber trotzdem passierte nichts Dramatisches. Man kann sich auch an das Siechtum eines Kranken gewöhnen, nimmt die graduellen Verschlechterungen kaum noch wahr und rechnet nicht mehr mit dem Exitus. So ging es auch der westdeutschen Wirtschaft und den Banken in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – etwa beim Honeckerbesuch 1987, wenn ich daran noch erinnern darf.

Meine persönliche Einschätzung der DDR-Wirtschaftslage in dieser Zeit war wohl etwas düsterer als der Durchschnitt. Sie speiste sich hauptsächlich aus drei Quellen. Mein Kollege Rösch aus dem Bundeswirtschaftsministerium hatte als Leiter der Treuhandstelle für Interzonenhandel (TSI) durch seinen ständigen Umgang mit DDR-Wirtschaftlern und Kombinatdirektoren einen guten Einblick in die DDR-Wirklichkeit und wurde immer pessimistischer, besonders was die Leistungsfähigkeit der DDR-Exportindustrie anging. Seine Informationen wurden ergänzt durch Berichte eines führenden Vertreters des Diakonischen Werkes, der die sog. „Kirchengeschäfte“ abwickelte und gute Kontakte zu Koko-Funktionären, auch zu Schalck persönlich hatte. Er besuchte mich gelegentlich und gab die dort herrschende Stimmung wieder. Und schließlich hatte ich noch einen Kollegen im Gesamtdeutschen Institut, der häufig und regelmäßig Mutter und Schwester in Nordhausen besuchte und sich mit Schulkameraden traf. Das waren dann Berichte über den Verfall der Städte, zunehmende Versorgungsschwierigkeiten und eine miserable Stimmung in der Bevölkerung.

Diese drei Quellen haben, ergänzt durch Berichte von gelegentlichen Besuchern im Ministerium oder auch durch eigene Eindrücke bei Verhandlungsterminen in der DDR, mein DDR-Bild in den späten 80er Jahren wesentlich geprägt. Ich verfüge glücklicherweise noch über ein Manuskript aus dem Mai 1989, dem ich meine damalige Einschätzung entnehmen kann. Es handelte sich um einen Vortrag in Hamburg über die Wirtschaftslage der DDR vor Landesbeamten, die für den innerdeutschen Handel zuständig waren und meine Skepsis nicht durchgängig mit Zustimmung aufnahmen. Nach einer Analyse der Planerfüllung 1988 heißt es in dem Manuskript zur Ursache der beobachteten Wachstumshemmungen und der Stagnation:

„Das Arbeitskräftepotential ist erschöpft, die Arbeitsmoral sinkt. (Diese Feststellung galt natürlich nur unter den besonderen Bedingungen der DDR, denn es gab ja viele Arbeitskräfte, die nicht richtig beschäftigt waren).

- Die Bodenschätze der DDR nähern sich der Grenze der Abbauwürdigkeit.
- Die Produktionsanlagen sind weithin veraltet, die Investitionen reichen nicht aus für eine umfassende Modernisierung. Die Infrastruktur ist verrottet.

- Das System arbeitet mit großen Effizienzdefiziten. Die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung werden nicht schnell genug umgesetzt.
- Die Außenwirtschaft ist kein Wachstumsfaktor. Das industrielle Niveau der DDR reicht nicht aus, um angesichts der schnellen Entwicklung der Weltmärkte und der wachsenden Konkurrenz im Westhandel bei anspruchsvollen Industrieprodukten mithalten zu können. Die Entwicklung im RGW könnte eine bisher verlässliche Säule des Außenhandels gefährden. Die Absatzmärkte in der Sowjetunion sind nicht mehr sicher. Auch sowjetische Rohstofflieferungen zu günstigen Preisen sind keine Selbstverständlichkeit mehr.

Wie könnten diese Defizite aus der Welt geschafft werden? Sicher nicht mit einem Schlag und auch nicht mit Patentrezepten. Auf zwei Dinge dürfte es entscheidend ankommen:

1. Die DDR braucht in der Sache eine Kapitalzufuhr erheblichen Ausmaßes. Es wird zu wenig investiert, zu punktuell und nicht in der Breite und viele Investitionen sind nicht hochproduktiv wie z. B. die in die Braunkohle. Die Kapitalzufuhr kann nach Lage der Dinge nur aus dem Westen kommen. Sie ist aber kaum denkbar ohne politische Zugeständnisse in Richtung Menschenrechte und ohne durchgreifende Wirtschaftsreform. Auf die Dauer wird westliches Kapital nur in die DDR gehen, wenn die Kredit- oder Kapitalgeber davon überzeugt sind, daß ihr Geld produktiv verwendet wird und Zinsen und Rückzahlungen erwirtschaftet werden können. Noch weitergehende Voraussetzungen würden gefordert werden, wenn jemals daran gedacht werden sollte, Osteuropa und der DDR mit einer Art Neuauflage des Marshallplans auf die Beine zu helfen.
2. Wie in anderen RGW-Staaten gibt es auch in der DDR eine Systemkrise. Sie ist aus historischen Gründen und wohl auch dank der Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland nicht so ausgeprägt und augenfällig und wegen des Fehlens von Glasnost auch nicht in der offenen Diskussion. Aber wahrscheinlich ist es nur die alte Garde, die noch daran glaubt oder es sich einredet, daß das Zentralplanungssystem der DDR und das Kombinatssystem, also die Kommandowirtschaft, die optimale Lösung darstellen und es keiner neuen Elemente bedürfte wie autonome Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte, Marktprozesse, joint ventures und schließlich auch Konvertibilität. Eine Bereitschaft zur Reformen ist in der DDR nicht zu erkennen. Die gegenwärtige Führungsriege setzt auf Weitermachen und Abwarten, in der Hoffnung, daß das dicke Ende dünner wird, wenn es später kommt. Sie wartet darauf, daß die sowjetischen Reformen sich totlaufen und das RGW zu den alten Prozeduren zurückkehrt. Auch die Führungsmannschaft nach Honecker wird das Ruder nicht so herumwerfen und herumwerfen können, wie das in anderen osteuropäischen Staaten geschieht.

Diese Zurückhaltung hat ihre guten Gründe. Die DDR ist in einer besonderen Situation, sie hat keine zweifelsfreie nationale Identität. Wirtschaftsreformen führen zunächst mit Regelmäßigkeit zu wirtschaftlichen Rückschlä-

gen, wie man das jetzt in der Sowjetunion sieht. Jede DDR-Führung muß befürchten, daß krisenhafte Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Anfangsphase von Reformen die Existenz der DDR auf Spiel setzt. Das ist der tiefere Grund für die besondere Reformunwilligkeit, den Konservatismus und die Risikoscheu der DDR-Verantwortlichen. Es sind nur ganz langsame Reformprozesse zu erwarten. Die Alternative wären sonst jähe, bruchartige Entwicklungen mit kaum kalkulierbaren politischen Folgen.“

Soweit das Zitat. Das kann man heute noch vorlesen, ohne rot zu werden. Aber es war natürlich auch nicht die ganze Wahrheit. Auch diese pessimistische Analyse deutet die Endlichkeit der DDR allenfalls an, sie hat keinerlei Wiedervereinigungsaspekt und schon gar kein Wiedervereinigungskonzept, höchstens die Vorahnung einer Konföderation.

Sie geht auch nicht von einem unmittelbar bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR aus. Meine Zurückhaltung in diesem Punkt hatte zwei Gründe. Ich konnte mir damals nicht vorstellen, daß die Sowjetunion die DDR als ihre wichtigste Kriegsbeute aufgeben würde, und ich hielt die Sowjetunion, trotz der im Text gemachten Einschränkungen, immer noch für leistungsfähig genug, im schlimmsten Krisenfall wirtschaftliche Hilfe fürs Überleben zu gewähren. Das war eine eindeutige Fehleinschätzung.

Der zweite Grund war, daß die DDR 1989 so unmittelbar vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch auch gar nicht stand. Produktion und Versorgung liefen noch und wären *ceteris paribus* auch noch weitergelaufen. Es ist eine interessante, aber natürlich müßige Frage, ob es unter Wiedervereinigungsaspekten nicht besser gewesen wäre, wenn dem politischen Zusammenbruch der wirtschaftliche vorausgegangen oder wenigstens synchron mit ihm abgelaufen wäre. Das hätte mancher DDR-Nostalgie von heute vorgebeugt.

Aber, wird man mir entgegenhalten, war die DDR nicht doch 1989 wirtschaftlich am Ende, wenn auch vielleicht nicht generell, so doch wegen der Devisenverschuldung?

Das Thema ist heute schon einmal angesprochen worden. Die Devisenverschuldung hat uns in den ganzen 80er Jahren außerordentlich interessiert, weil sie von unmittelbarer politischer Bedeutung war. Wir hatten einen guten Überblick über die DM-Zuflüsse, die die DDR aus den innerdeutschen Beziehungen hatte (Pauschalen, Einnahmen aus dem Reiseverkehr u. a.) und die für die Bedienung ihrer Westverschuldung von großer Bedeutung waren. Das BMB mußte bis zur ersten Wende 1982 dazu alljährlich eine Parlamentarische Anfrage federführend beantworten, wir haben dieses Zahlenwerk anschließend intern fortgeschrieben.

Auf der anderen Seite lieferten die Veröffentlichungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) seit Mitte der 70er Jahre ein Bild der Verschuldung der DDR in konvertiblen Devisen, das wir mit einigen Hinzuschätzungen für repräsentativ hielten. Nachdem die DDR 1981/82 in eine echte Li-

liquiditätskrise hineingerutscht war, haben wir in einer inoffiziellen Arbeitsgruppe im BMB mit Vertretern anderer Ressorts, der Deutschen Bundesbank und der Institute die drohende Illiquidität der DDR und das Krisenmanagement sehr aufmerksam verfolgt, bis sich die Lage zu beruhigen schien. Wir haben damals wohl zutreffend analysiert, wie sich die DDR zusätzliche Devisenliquidität durch Einfrieren der Westimporte, durch eine (verzweifelte) Exportoffensive und durch sog. Drehgeschäfte auf dem Mineralölmarkt beschafft und daß sie mit diesen Mitteln einen beachtlichen Guthabenbestand zur Verbesserung ihrer Kreditwürdigkeit aufgebaut hat. Wir haben im Kern auch die Mittagssche Philosophie nachvollzogen, die Guthaben noch aufzustocken und nicht zur Tilgung der Bruttoverschuldung zu benutzen. Ich muß einräumen, daß wir von den Straußschen Milliardenkrediten überrascht wurden. Diese Milliardenkredite waren aber nicht mehr unmittelbar aus Liquiditätsgründen notwendig. Ich verweise auf Herrn Dr. Schürer, der diese Tatsache bereits erwähnte. Die schleichenden und verheerenden Folgen des Mittagsschen Krisenmanagement haben wir zwar gesehen, aber vielleicht unterschätzt. Von den Zahlen her schien die Devisenverschuldung der DDR bis zuletzt, also auch 1989 nicht als exorbitant, so sahen das auch die Banken, und geradezu irritierend war, daß die DDR im innerdeutschen Handel ihre Kreditmöglichkeiten einschließlich des Swings immer weniger ausnutzte.

Um so größer war die Überraschung, als nach der Wende im Dezember 1989 vor der Volkskammer die Nettoverschuldung der DDR mit 20,6 Milliarden Dollar beziffert wurde. Das wäre fast das Doppelte gegenüber den gängigen Berechnungen auf der Grundlage der BIZ-Zahlen gewesen. Die Frage, ob die DDR in der Verschuldungsfrage die BIZ und damit auch uns tatsächlich in einem solchen Ausmaß in die Irre führen konnte, hat mich nicht losgelassen, auch nachdem ich Anfang 1990 in den Ruhestand gegangen war. Ich bin der Frage über Jahre nachgegangen, abgelenkt durch zahlreiche Nebenthemen, und konnte erst im letzten Herbst einen Aufsatz zum Thema der Westverschuldung Ende 1989 im Deutschland Archiv veröffentlichen, auf den Dr. Schürer schon hingewiesen hat. Ich glaube, herausgefunden zu haben, daß in erster Linie die ungenügende Berücksichtigung des Koko-Bereichs die Zahlen von Ende 1989 aufgebläht hat und daß im Ergebnis die westlichen Schätzungen nicht wesentlich unter der realen Westverschuldung der DDR lagen. Damit bestand auch Ende 1989 für die DDR keine akute Gefahr der Illiquidität. Zugleich ist aber auch deutlich geworden, daß diese niedrigere Verschuldung – auch wenn die Verhältnisse sich 1990 nicht so dramatisch verändert hätten – nicht mehr lange hätte fortgeführt werden können, jedenfalls nicht ohne tätige Hilfe der Bundesrepublik Deutschland. Ich versuche, auch dieser interessanten Frage nachzugehen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank Herr Dr. Volze. Ich bitte nun Herrn Professor Schneider von der Universität Bamberg, das Wort zu nehmen.